Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1934

16 (19.1.1934)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. A. 3800 I.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: L. Dups, Durlach.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 16 | **Freitag, den 19. Januar 1934** | **105. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Im Völkerbundsrat wurden am Donnerstag Danziger Fragen von untergeordneter Bedeutung behandelt.

*

In der französischen Kammer kam es zu stürmischen Szenen im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal.

*

Im französischen Senat kam es bei Fortsetzung der außenpolitischen Aussprache zu neuen Ausfällen gegen Deutschland.

*

In Wien erwidert der italienische Staatssekretär Suvich die Besuche von Dollfuß bei Mussolini und hält politisch-wirtschaftliche Besprechungen ab.

*

Im Allgäu wurden bei Hindelang zwei Gruppen von Schiläufern durch Staublawinen verschüttet. Zwei Personen sind tot, zwei werden noch vermißt.

*

An der holländischen Küste wurden die neun Leichen der Mannschaft des auf ein Riff gelaufenen englischen Dampfers „Oakland" gefunden.

*

Der Abteilungschef in der Fernostabteilung des amerikanischen Außenamtes betonte in einer längeren Rede, daß die Vereinigten Staaten die Lostrennung des Mandschukuo von China nicht ohne weiteres als rechtmäßig betrachten könnten.

*

Bei einem Lagerhauseinsturz in Hull (England) sind neun Arbeiter getötet und zwölf verletzt worden.

*

Ein polnischer Jude hat am Donnerstag nachmittag gegen das deutsche Gesandtschaftsgebäude zwei Schreckschüsse abgegeben. Nach seiner Verhaftung erklärte er, daß er die Schüsse als Protest gegen seine aus Deutschland erfolgte Ausweisung abgegeben habe.

*

Die französische Regierung hat nunmehr endgültig beschlossen, den deutsch-französischen Handelsvertrag von 1927 zu kündigen. Der deutschen Regierung wied dieser Beschluß am heutigen Freitag mitgeteilt werden.

Rede Dr. Göbbels

in der Artillerieschule Jüterbog

Berlin, 18. Jan. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Göbbels, traf am Mittwoch nachmittag zu einem Vortrag vor der Garnison in Jüterbog ein. SS. und SA. hatten einen Ehrensturm gestellt. Das Offizierskorps der Artillerieschule Jüterbog, an der Spitze die Generäle Grün und Sachse, empfingen den Minister. Anschließend sprach der Reichsminister, einem Wunsche des Reichswehrministers folgend, zu dem Offiziercorps und den Schülern der Artillerieschule. Seine Rede wurde über Lautsprecher auf zwei Reithallen, die dicht besetzt waren, übertragen. In eineinhalbstündiger Rede entwickelte der Reichsminister die nationalsozialistische Weltanschauung. Er wies darauf hin, daß die nationalsozialistische Revolution eine Revolution von unten sei und daher vom Volk getragen werde. Man habe vorher Versuche gemacht, eine Revolution von oben einzuleiten, jedoch habe eine solche Revolution, weil sie nicht im Volk verankert sei, keine Aussicht auf einen Dauererfolg gehabt. Der Nationalsozialismus sei eine Revolution der Weltanschauung. Der Reichsminister betonte weiter die selbstverständliche Verbundenheit der tragenden Ideen des neuen Staates mit den Grundgedanken der Wehrmacht. Der Reichsminister begab sich sodann zu den Reithallen, wo er an die dort versammelten Unteroffiziere und Mannschaften einige Worte richtete. Die Rede des Ministers wurde überall mit großem Beifall aufgenommen. In seiner Erwiderung betonte der General Grün, daß jeder Soldat gern bereit sei, für die Politik, die der Reichsminister im Auftrag des Führers vorgezeichnet habe, mit ganzem Herzen einzutreten.

Stahlhelmehrung für Göring

DNB. **Berlin,** 19. Jan. Die „Kreuzzeitung" meldet: Der Bundesführer des Stahlhelm, Reichsarbeitsminister Fr. Seldte hat dem Reichsminister und preußischen Ministerpräsidenten General der Infanterie Goering anläßlich seines Geburtstages das Ehrenabzeichen des Stahlhelm überreicht. Ministerpräsident Goering hat die Ehrenmitgliedschaft des Stahlhelm mit Dank angenommen.

Vor der allgemeinen Einführung der deutschen Monatsnamen?

Berlin, 18. Jan. Die Frage, ob die bisherigen Monatsnamen durch neue, rein deutsche Bezeichnungen zu ersetzen sind, wird zur Zeit im Ressort des Reichsministeriums des Innern geprüft. Um Irrtümmern und Mißverständnissen vorzubeugen, hat der preußische Minister des Innern die Behörden der inneren Verwaltung durch besonderen Runderlaß ersucht, bis zur endgültigen Klärung dieser Frage von dem Gebrauch neuer Monatsbezeichnungen im amtlichen Verkehr abzusehen.

Unser Reichsbauerntag

Von R. Walter Darre, Reichsbauernführer und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

NSK. Februar 1931! In Weimar treffen sich zum ersten Bauerntag der NSDAP. deutsche Bauern aus allen Gauen des Reiches. Adolf Hitler weist dem Landvolk seinen entscheidenden Platz im Kampf um die nationalsozialistische Revolution, im Ringen um die deutsche Seele an. Der agrarpolitische Apparat, Herbst 1930 gegründet, erhält die Aufgabe, das Bauerntum zur gemeinsamen Arbeit um die Wiedererringung der Freiheit der deutschen Scholle als der Grundlage des Lebens unseres Volkes zusammenzuführen.

Oktober 1932! Zum zweitenmal tritt das deutsche Landvolk im Herzen Deutschlands, in Weimar, zusammen. Jetzt können wir schon mit stolzer Freude bekennen, daß nahezu 85 v. H. des gesamten Bauerntums als bewährte Streiter um das Dritte Reich in unseren Reihen stehen. Der agrarpolitische Apparat ist bereits beim Gegner gefürchtet. Wir rüsten zum Endkampf! Es geht uns um die weltgeschichtliche Entscheidung, ob unser Deutschland ein Spielball internationaler Mächte, ein bedeutungsloser Staat im Plane der jüdisch orientierten Weltherrschaft, ein Opfer des Marxismus, liberalistischer Zersetzung und kapitalistischen Händlergeistes wird oder aber ob es gestützt auf ein gesundes, mit seinem Blute unlösbar der Scholle verbundenes Bauerntum wieder zu einem kraftvollen und geachteten Volk werden soll.

Januar 1934! Wieder in Weimar! Gut ein Jahr der nationalen Revolution ist vergangen. Marxismus, Liberalismus und Reaktion sind am Bauerntum gescheitert. Adolf Hitler hat Anfang Januar 1933 in einer Tagung der landwirtschaftlichen Gaufachberater uns einmal zugerufen, daß der volkspolitisch entscheidende Gedanke von Blut und Boden vielleicht die revolutionärste Umgestaltung allen Denkens und Fühlens bedeutet. Durch die Stärkung der rassischen Grundlagen unseres Vaterlandes sichern wir unser volkliches Dasein! Wenn wir innen- und außenpolitisch den Grundsatz von Blut und Boden mit lebendiger Kraft erfüllen, wenn wir in Zukunft nicht mehr von den Ereignissen der außendeutschen Umwelt beeinflußt und geleitet werden, werden wir selbst unser Schicksal meistern können.

Unsere Arbeit beginnt ihre ersten Früchte zu tragen. Die bisher verabschiedeten Gesetze unserer nationalsozialistischen Bauernpolitik befähigen uns, die gewaltige Aufgabe, das deutsche Volk ausreichend zu ernähren und dem Volk einen wertvollen Nachwuchs zu sichern, zu lösen.

Unser Tag von Weimar ist nicht nur der Tag der deutschen Bauernbefreiung, sondern auch der Tag der Einigung des gesamten deutschen Bauerntums. Diese Tatsache bedeutet ein überragendes geschichtliches Ereignis. Noch zu keiner Zeit der deutschen Geschichte war es gelungen, das gesamte deutsche Bauerntum zu einer machtvollen Einheit zusammenzuschweißen. Solange z. B. die deutsche Reichsgewalt unter den Sachsenkönigen sich eindeutig und überzeugt zum deutschen Bauerntum bekannte und im Mittelpunkt der deutschen Gaue ihren Wohnsitz aufschlug, war zwar an sich eine geschlossene Einigung des Bauerntums nicht erreicht, aber doch das Gefühl der Gemeinschaft, der engen Verbundenheit gegeben.

Zweimal in der Geschichte ist unser Bauerntum von deutschen Kaisern verraten worden. Zum ersten haben die Hohenstaufenkaiser die Lebensgesetze ihrer Bauern mißachtet und durch ihre Mittelmeerpolitik, ihren unnatürlichen Drang über die Grenzen der deutschen Heimat hinaus, den deutschen Bauern diesem Expansionswahnsinn geopfert. Während die Hohenstaufen ihr Glück überall, nur nicht in der Heimat der Deutschen suchten, wüteten in den deutschen Gauen Kirchenfürsten und territoriales Fürstentum in ungehemmtem Eigennutz zu Ungunsten der geknechteten und ihrer Rechte beraubten Bauern. Der letzte Staufe Konradin mußte die unsinnige Politik seiner Väter büßen. Er wurde unter der südlichen Sonne Italiens hingerichtet. Der Traum eines römischen Reiches deutscher Nation scheiterte an der nüchternen Tatsache, daß ein Reich nur bestehen kann, welches sich auf die urgesunden Kräfte seines Volkstums beschränkt.

Zum anderen trägt der letzte Hohenzollernkaiser Schuld am Niedergang der völkischen Grundlagen unseres Vaterlandes. Ebenso wie die Staufen suchte die liberale Weltwirtschaftspolitik dieses Hohenzollern außerhalb der deutschen Grenzen in einer imaginären Weltwirtschaft Glück und Heil. Die Bedeutung eines gesunden Bauerntums war vergessen. Der Bauer verlor im politischen Leben an Einfluß und Bedeutung. Nichts wahrhaft Entscheidendes wurde getan, um die immer trostloser werdende Lage der Bauern zu bessern. Ein artfremdes römisches Recht tat zudem das Seinige, um den Bauern in Abhängigkeit der jüdischen Börse und der jüdischen Bodenspekulation zu verknechten. Die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahre 1900 war die Krönung der Herrschaft des artfremden Rechts.

Erst die nationalsozialistische Revolution Adolf Hitlers hat den Bauern für alle Zeiten mit seiner Scholle wieder verwurzelt und ihn aus den Fesseln einer unseren Lebensgesetzen unerträglichen liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaftsordnung befreit. Erst Adolf Hitler hat dem deutschen Bauern wieder ein Bauernrecht gegeben, das deutsch ist und nicht römisch, ein Recht, um das die Ahnen der deutschen Bauern im Bauernkriege vergeblich und blutig gestritten haben. Erst als unser Volkskanzler wieder zu den Grundsätzen von Heimat, Volkstum, heimatlichem Boden und deutschem Blut zurückkehrte und sich bewußt und überzeugt zum deutschen Bauerntum als der ewigen Grundlage eines blühenden Staatswesens bekannte, war der Bauer gerettet.

Wir wissen, daß wir es nur unserem Kanzler und Führer Adolf Hitler zu danken haben, daß wir in diesen Tagen den ersten deutschen Reichsbauerntag der deutschen Geschichte abhalten können: Dieser Reichsbauerntag ist das Ergebnis der Politik Adolf Hitlers, die fest im Heimatboden verwurzelt ist, und die nicht wie Hohenstaufen und Hohenzollern außerhalb unserer Grenzen den Weg sucht!

Zur Saarfrage

Ein neuer schwerer Schlag für den Völkerbund

London, 18. Jan. „Daily Mail" schreibt in einem Leitartikel, Deutschlands Weigerung, nach Genf anläßlich der Behandlung der Saarfrage zu gehen, sei ein neuer schwerer Schlag für den Völkerbund. Angesichts dieser Lage sollte die britische Regierung vorsichtig sein. Es sei bedauerlich, daß sie die Wiederernennung Dr. Knox' zum Vorsitzenden der Saarregierungskommission zugelassen habe. Keine wichtigen britischen Interessen seien mit dem Saar-Problem verbunden. England würde es wohler sein, wenn der britische Saarkommissar zurückgezogen werden würde.

*

Französische Stimmen zur Saarfrage

Paris, 18. Jan. Die ablehnende deutsche Antwort, sich in Genf auf eine Saar-Diskussion einzulassen, ist der französischen Oeffentlichkeit nicht unerwartet gekommen. Nichtsdestoweniger wird die deutsche Haltung von der Pariser Presse scharf angegriffen. Der Genfer Berichterstatter des „Matin" erklärt, Deutschland bringe sich absichtlich wieder in die Lage, in der es sich z. B. 1921 befunden habe, als ohne sein Beisein die Ausführungsbestimmungen für die Abstimmungen in Oberschlesien festgesetzt wurden. Das Saar-Drama selbst, fährt der Berichterstatter fort, spiele sich in den Wandelgängen in Genf ab, wo die beiden wilden Gegner Röchling und Braun sich immer begegneten. „Ordre" vertritt die Auffassung, daß Deutschland, nachdem es abgelehnt habe, seine Auffassung in der Saarfrage in Genf zu verteidigen, sich auf andere Weise, durch verstärkte Propaganda, durchsetzen werde. Der Havasberichterstatter in Genf weist übrigens darauf hin, daß der Völkerbundsrat in seiner gegenwärtigen Sitzung überhaupt nicht über die Sicherheitsmaßnahmen zu beraten haben werde, die vor und während der Volksabstimmung von 1935 ergriffen werden müßten.

Ratssitzung über die Saarabstimmung am Freitag nachmittag

Genf, 18. Jan. Aus unterrichteten Völkerbundskreisen verlautet, daß die Ratstagung über die Saarfrage unter Umständen schon am Freitag nachmittag stattfinden wird. Sie wird sehr wahrscheinlich öffentlich sein. Voraussichtlich wird man sich aber bei der Aussprache auf die Fragen beschränken, die unmittelbar mit dem eigentlichen Thema der Abstimmung zusammenhängen und wird eine allgemeine Aussprache, wie sie von gewisser Seite gewünscht wird, zu vermeiden suchen. Es besteht die Absicht, bei dieser Gelegenheit auch den Präsidenten der Regierungskommission, Knox, um seine Meinung zu befragen.

Einmütige Ablehnung der Wiederwahl Knox' im Saargebiet

Saarbrücken, 18. Jan. Zu der Wiederwahl der Regierungskommission schreibt die „Saarbrücker Zeitung" u. a.: Die Bevölkerung ist nicht in der Lage, das Vertrauen, das der bisherigen Regierungskommission damit ausgesprochen wurde, daß sie wiedergewählt wurde, von sich aus zu bestätigen. Sie kann sich noch weniger dem Dank anschließen, den der Völkerbund zum Ausdruck gebracht hat. Die Erfahrung des letzten Jahres zwingt sie vielmehr dazu, die Regierungskommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung mit aller gebotenen Deutlichkeit und Ehrlichkeit innerlich abzulehnen. Sie steht ihr fremd und in geschlossener Abwehr gegenüber. Wir wollen nicht verhehlen, daß unsere schwersten Bedenken aus der Tatsache resultieren, daß auch der jetzige Präsident Knox wieder bestätigt worden ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Danziger Fragen vor dem Völkerbundsrat

Genf, 18. Jan. Zum ersten Mal zeigte sich heute bei der öffentlichen Ratssitzung, die auch wieder in der alten Glasveranda stattfand, ein stärkeres Interesse der internationalen Oeffentlichkeit für die vom Völkerbund behandelten Fragen. Dieses Interesse war ausschließlich durch die **Danziger Frage** hervorgerufen, zumal hier zwar kein Vertreter des Deutschen Reiches, aber der Danziger Senatspräsident Dr. Rauschning am Ratstisch erscheinen mußte. Die Plätze der Vertreter des Reiches und Japans waren natürlich unbesetzt. Im übrigen war aber diesmal eine ganze Anzahl bekannter Staatsmänner als Ratsvertreter erschienen, so Paul-Boncour, Simon, Beck und Aloisi.

Nachdem der Rat einige andere Fragen schnell erledigt hatte, kam der vierte Punkt der Tagesordnung: Danzig zur Behandlung. Senatspräsident Rauschning und der Völkerbundskommissar nahmen Platz am Ratstisch. Als Berichterstatter verlas dann der englische Außenminister Simon einen langen Bericht, in dem der zur Behandlung stehende Streitfall in aller Breite dargelegt wird. Es handelt sich dabei um den Bericht des Danziger Völkerbundskommissars über das Verbot einiger Zeitungen und einige Aeußerungen von Danziger Seite, bei denen der Völkerbundskommissar eine Verletzung der Danziger Verfassung, die unter die Bürgschaft des Völkerbundsrates gestellt ist, für möglich hält. Zusammenfassend stellte der englische Außenminister fest, **daß von Seiten Danzigs die Rechtsgültigkeit der Danziger Verfassung in keiner Weise bestritten werde. Da auch die verbotenen Zeitungen inzwischen wieder erschienen, liege für den Rat kein Anlaß vor, weiter auf diese Angelegenheiten einzugehen.** Simon schlug aber vor, die frühere Erklärung des Rates zu wiederholen, wonach sich das staatliche Leben Danzigs stets im Rahmen der Verfassung halten müsse.

Hinsichtlich der Berechtigung der Zeitungsverbote hielt der Berichterstatter eine Stellungnahme des Rates nicht für notwendig. Bezüglich der Inhaftnahme einiger Personen im Zusammenhang mit der Eingabe an den Völkerbundsrat stellte sich der englische Außenminister auf den Standpunkt, daß die Tatsache, daß diese Personen ihre Eingaben einreichten, bevor der durch die Gesetze vorgeschriebene Rechtsweg erschöpft gewesen sei, an sich kein Grund für die Schutzhaft sein dürfte. Er gab aber gleichzeitig zu, daß künftig vor Behandlung einer Eingabe durch den Völkerbundskommissar in Danzig geprüft werden müsse, ob ein Bittsteller den Rechtsweg zu Ende beschritten habe.

Vorläufige Entscheidung des Gouverneurs des Memelgebiets über die Erteilung der Arbeitsgenehmigung

DNB. **Kowno**, 18. Jan. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, hat der Gouverneur des Memelgebiets aufgrund der am 10. 12 33 in Kraft getretenen neuen Ausländerverordnung über die Frage der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen an die im Memelgebiet in Privatbetrieben beschäftigten Reichsdeutschen eine vorläufige Entscheidung getroffen. Insgesamt wurden vom Gouverneur 1080 Anträge von Seiten der deutschen Arbeitnehmer behandelt. 176 Personen wurde die Arbeitsgenehmigung nicht mehr erteilt. 900 erhielten Arbeitsgenehmigungen, und zwar der weitaus größte Teil nur für die Dauer von drei Monaten, der übrige Teil für sechs Monate.

Kündigung des Handelsvertrags von der französischen Regierung endgültig beschlossen

DNB. **Paris**, 18. Jan. Havas teilt am Donnerstag abend mit, die französische Regierung habe endgültig beschlossen, den deutsch-französischen Handelsvertrag von 1927 zu kündigen. Der französische Botschafter in Berlin sei angewiesen worden, der Reichsregierung diesen Beschluß am morgigen Freitag, den 19. Januar mitzuteilen.

Ein Volk von Brüdern trotzt allen Stürmen!
Kämpft mit gegen Hunger u. Kälte.

Spenden auf Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 360 der Landesführung Baden des **W. H. W.**

Chautemps über seine Außenpolitik

Ministerpräsident Chautemps spricht im Senat über die Außenpolitik.

DNB. **Paris**, 18. Jan. Im Senat wurden nach Wiederaufnahme der Sitzung zwei Entschließungen eingebracht, von denen die eine den Senator Lemery zum Urheber hat, während die zweite vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Berenger, und einigen seiner Freunde stammt. Nachdem Berenger seine Entschließung näher begründet hatte, ergriff Ministerpräsident Chautemps das Wort und erklärte, er bedauere, daß das französische Volk nicht mit größerer Aufmerksamkeit der außenpolitischen Aussprache im Senat gefolgt sei, weil es gegenwärtig durch bedauerliche Skandale zu sehr abgelenkt werde. Er wolle die Ergebnisse der französischen Politik rechtfertigen, die in der Erweiterung der Freundschaften Frankreichs bestünden.

Man habe Dinge über die deutsche Innenpolitik vorgetragen; Frankreich aber habe zu große Achtung vor allen anderen Völkern, als daß es sich in die innerpolitischen Angelegenheiten seiner Nachbarn einmische. Es verstehe nichts destoweniger die Beunruhigung, die diese Politik auslösen könne. Eine Lehre, die an sich eine solche Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften bringe, laufe Gefahr, sich im Auslande auszuwirken. Der plötzliche Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund sei ungerechtfertigt. Frankreich habe soviele Zugeständnisse gemacht, um seinen Friedenswillen zu bekunden. Frankreich habe außerdem niemals daran gedacht, einem so großen Lande mit so glorreicher Vergangenheit, das mit seinem großen Genie dem internationalen Leben viel Nutzen bringen könnte, im Rahmen der anderen Völker den Platz zu verwehren, der ihm zukomme. Da aber Deutschland plötzlich den Völkerbund verlassen habe und gerade in dem Augenblick, als ein Abrüstungsvorschlag eingebracht worden sei, mit dem sich fast sämtliche Staaten einverstanden erklärten, könne man nicht überrascht sein, daß diese Haltung in der ganzen Welt und besonders in Frankreich Beunruhigung ausgelöst habe. Die Politik, die die französische Regierung betreibe, sei eine Politik der Zusammenarbeit, dazu bestimmt, Frankreichs Freundschaften zu befestigen.

Wenn man von Abrüstung spreche, handle es sich immer nur um das Studium für später zu treffende Maßnahmen. Es habe niemals in der Absicht Frankreichs gelegen, seine Macht gegenüber einem Lande, das aufrüste, zu schwächen. Er könne dem Senat außerdem versichern, daß die Freundschaften Frankreichs besser denn je seien. Eine Politik internationaler Verhandlungen schwäche das Vertrauen der Freunde zu Frankreich nicht. Es gebe große Länder, die ihre eigene Auffassung haben könnten, aber die feste Uebereinstimmung der Meinungen der beiden großen europäischen Demokratien Frankreich und England sei der Pfeiler des Weltfriedens. Es beständen keine Gegensätze zwischen einer Politik der nationalen Verteidigung und der internationalen Zusammenarbeit. Chautemps ging dann kurz auf die Rede des amerikanischen Staatspräsidenten Roosevelt ein und gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß ein großes Land wie Amerika die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern einsehe. Hierin liege eine große Hoffnung für die Zukunft. Auf die Ausführungen Roosevelts könne er im Namen des französischen Volkes antworten, daß Frankreich niemals einen Angriffskrieg führen werde und keinen Zentimeter fremden Landes fordere.

Wenn alle Staaten die gleiche Verpflichtung übernehmen, wäre der Friede gesichert. Herriot habe in einer seiner Reden erklärt, daß Frankreich den ganzen Völkerbundspakt und nur den Völkerbundspakt wünsche. Die französische Regierung bleibe dieser Auffassung treu. Der Völkerbund sei sicher nicht vollkommen, aber Frankreich könne nur solche Reformen annehmen, die die internationale Zusammenarbeit förderten, niemals aber eine Art Direktorium. Auf die deutsch-französischen Besprechungen anspielend, erklärte Chautemps, man habe „mit einiger Romantik" von direkten Verhandlungen gesprochen und versucht, sie dem Grundgedanken des Völkerbundes gegenüberzustellen. Das treffe nicht zu, denn die Fragen, die mit Deutschland aufgeworfen worden seien, gingen sämtliche Länder an. Diese Verhandlungen könnten auch nicht fortgesetzt werden, wenn sie auf die Wiederaufrüstung hinausführen sollten, denn derartige Zugeständnisse würden notgedrungen zu bewaffneten Kriegen führen und damit im Gegensatz zu den Grundsätzen des Völkerbundes führen. Abschließend forderte Chautemps den Senat auf, sich geschlossen hinter die Regierung zu stellen, um ihr die moralische Kraft für die schwierigen Verhandlungen zu geben, in denen sie sich augenblicklich befinde.

Vertrauensvotum des Senates für Chautemps.

DNB. **Paris**, 18. Jan. Der Senat hat im Anschluß an die bereits gemeldete Rede des Ministerpräsidenten der Regierung für ihre Außenpolitik mit 257 gegen 3 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen, und zwar durch Annahme einer von dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Berenger, eingebrachten Entschließung folgenden Wortlautes: Der Senat bleibt dem Völkerbundspakt aus ihm hervorgegangenen Abkommen, insbesondere dem Locarnovertrag, treu. Er erinnert an die heiligen Grundsätze dieser Pakte. Er vertraut der Regierung, daß sie das Friedenswerk im Rahmen des Völkerbundes fortsetzt, um ihre internationalen Freundschaften zu stärken und ihre nationale Verteidigung zu sichern, sowie die Sicherheit Frankreichs zu festigen. Er geht ohne Zusatzantrag zur Tagesordnung über.

Senator Lemery hatte nach den Ausführungen von Chautemps, die von rechts bis links mit großem Beifall aufgenommen wurden, seinen Entschließungsantrag zurückgezogen.

Stürmische Debatte in der französischen Kammer

Paris, 18. Jan. Die Kammer hat am Donnerstag nachmittag die Beratung des Haushaltes für 1934, und zwar mit dem Haushalt des Justizministeriums begonnen. Außerdem hat der Justizminister die sofortige Aussprache über den von der Regierung vor einigen Tagen eingebrachten Gesetzesentwurf verlangt, der allen denjenigen, die sich Verfehlungen zum Schaden der Sparer haben zuschuldenkommen lassen, den Handel mit Wertpapieren verbietet.

Die Interpellation des rechtsgerichteten Abgeordneten Henriot über die gerichtliche Untersuchung des Falles Stavisky verursachte gleich zu Beginn einen wahren Sturm. Der Kammerpräsident hatte zeitweise Mühe, die Ruhe wiederherzustellen. Es zeigt sich, daß diese Angelegenheit auch parlamentarisch noch nicht begraben ist. In dem Geklapper der Pultdeckel, den Zwischenrufen und dem Klatschen der Abgeordneten, mit dem sie ihre jeweils sprechenden Gesinnungsgenossen zu unterstützen versuchten, verhallte ab und zu sogar die Glocke des Präsidenten. **Es gab eine erregte Auseinandersetzung zwischen dem Interpellanten und dem Finanzminister. Immer wieder griffen einzelne Abgeordnete von ihren Bänken in die Ausführungen Henriots ein. Sachliche Angriffe wechselten mit persönlichen Seitenhieben. In dem Hin und Her zwischen Rechts und Links war minutenlang kein Wort zu verstehen, sodaß der Kammerpräsident schließlich die Sitzung abbrach.**

Einstimmige Annahme des italienischen Korporationsgesetzes

Rom, 18. Jan. Am Donnerstag nachmittag fand die feierliche letzte Sitzung der 28. Legislaturperiode der italienischen Abgeordnetenkammer statt, die damit ihre 5jährige Tätigkeit abschließt. Mussolini wurde bei seinem Eintreffen mit großem Jubel begrüßt. Der frühere Justizminister Rocco legte als Berichterstatter zum Korporationsgesetz in knappen Ausführungen die wirtschaftlichen Grundsätze des Faschismus dar. Dann wandte sich Mussolini an die Abgeordneten mit den Worten: „vor allem möchte ich Ihnen in feierlichster Weise sagen, daß Sie in diesen 5 Jahren der faschistischen Revolution der Sache auf das Beste gedient haben, für die wir alle bereit sind, immer, mit allen Waffen und überall zu kämpfen".

Es folgte sodann die **Abstimmung über das Korporationsgesetz, das einstimmig angenommen wurde.** Mit einer begeisterten Kundgebung für Mussolini schloß die Sitzung.

Französisch-italienische Wirtschaftsverhandlungen

DNB. **Paris**, 19. Jan. Die italienischen Maßnahmen gegen die von der französischen Regierung beschlossene Erhöhung der Steuer auf die Lizenzen für italienische Früchte und Gemüse haben jetzt zu Verhandlungen zwischen den beiden Ländern geführt. In gut unterrichteten französischen Kreisen erklärt man aber, daß die französische Regierung gezwungen sein könnte, neue Einschränkungsmaßnahmen gegenüber der italienischen Einfuhr nach Frankreich zu ergreifen.

Schiffsunglück an der holländischen Küste

Amsterdam, 18. Jan. Die 9 geborgenen Leichen gehören zu der Mannschaft des in der Nähe der Insel Terschelling auf ein Riff gelaufenen englischen Dampfer „Oakland". Als das Schiff Mittwoch abend gestrandet war, war ein holländisches Rettungsboot an die Unglücksstätte gefahren. Die 11köpfige Besatzung weigerte sich jedoch, von Bord zu gehen. Im Laufe der Nacht war die Mannschaft aber gezwungen, in die Rettungsboote zu steigen. Die Rettungsboote kenterten jedoch.

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[49

Als die junge Hausfrau mit eifergeröteten Wangen hereinkam, um den Tisch zu decken, fand sie die beiden ins Gespräch vertieft. Aber da sie das Zimmer betrat, schwieg Magnus Steinherr, und die Frau spürte, wie das Blut in ihren Wangen sich vertiefte unter seinen Blicken, die unbewußt ihre Hantierungen verfolgten.

Wie kam es, dachte sie, zornig auf sich selbst, daß die Nähe dieses Mannes sie jedesmal in Unruhe versetzte, daß ihr Herz, halb erregt, halb geängstigt, zu schlagen begann — und bei Georgs beglückender Gegenwart ruhig blieb? War es das Bewußtsein, daß Georg und sie ihm ihre ganze Existenz verdankten, die er ihnen beliebig wieder rauben konnte? War es die Erinnerung an jene kleine Begebenheit aus der Kinderzeit? Jedesmal, wenn ihre Hände sich beim Gruß oder Abschied berührten, fiel ihr die ein... Die Rollen waren vertauscht worden, der Schmiedsohn von einst war ihres Gatten Herr.

Ihre Lippen preßten sich leicht aufeinander. Ohne aufzusehen, ging sie hinaus, um gleich darauf das Tablett mit den fertigen Speisen hereinzutragen. Vandro sprang auf, nahm es ihr ab und guckte neugierig auf Platten und Schüssel.

„Wahrhaftig, sie hat ein richtiges Mahl gezaubert: Hackbraten, Bohnen, Kartoffeln, Spargelsalat — wer schalt, als ich die Dose neulich mitbrachte? Sogar Birnenkompott gibt es! Herr Steinherr, darf ich zu Tisch bitten?"

Seine übermütige Heiterkeit wirkte ansteckend; es wurde ein fröhliches Mahl und schmeckte vorzüglich, trotzdem der Braten ein wenig zu weich und die Soße zu dünn geraten war, was Steinherr insgeheim feststellte, ohne sich jedoch dadurch den Appetit verderben zu lassen. Es mochte schwer für die junge Frau sein, nun auf einmal alle häuslichen Künste zu beherrschen, dachte er, die schönen Hände betrachtend, die eher in einen Salon als in eine Küche gehörten. Ringlos waren sie bis auf den schmalen Goldreif an der Rechten. Er mußte plötzlich an die juwelenbeladenen Hände jener beiden Frauen denken, von denen er seinen Lebensweg gelöst, und empfand die Einfachheit hier geradezu als Erleichterung.

„Sitzenbleiben!" gebot der Hausherr, als Wera sich erheben wollte, um abzudecken. „Das kann ich viel besser! Da drüben auf dem kleinen Tisch müssen noch Zigaretten sein."

Steinherr stand auf und holte sie, ehe Wera es tun konnte. „Wissen Sie, daß Ihr Onkel, Graf Wettern auf Wetternwalde, gestorben ist, Frau von Vandro?" fragte er, ihr sein Feuerzeug hinhaltend. „Ich las es gestern in einem Berliner Blatt. Er hinterließ ein beträchtliches Vermögen, sagt man."

„Ja", Wera von Vandro blies den blauen Rauch gelassen vor sich hin, „die Wetterns dieser Linie sind wohlhabend, ich weiß es."

„Also leicht imstande und eigentlich verpflichtet, Ihnen..."

Sie hob den Kopf, ihre schwarzen Augen flammten. „Keinen Pfennig nähme ich von ihnen an! Was kümmern uns die anderen, Georg und ich gehen unseren Weg auch ohne Hilfe!"

Wie schön sie war in ihrem Zorn!

„Sie sind stolz und unklug", erwiderte er ruhig. „Das Leben ist hart; wer besitzlos, ist meist rechtlos. Unterstützung, die einem gebührt, ist kein Almosen."

„Nie, nie!" Mit zitternden Fingern zerdrückte sie das glimmende Ende ihrer Zigarette in der kleinen Aschenschale. „Lieber tot."

Er sah sie gedankenvoll an. Sie wär's imstande. Also gab es doch noch Frauen, die nicht an äußerem Besitz hingen...

Aus der Küche klang das Geräusch heftigen Hustens. Eine Tür ging. Nun hörte man es kaum mehr. Beide Menschen hatten betroffen aufgehorcht. Die Erregung auf dem schönen Gesicht der Frau schwand. Angstvoll lauschte sie.

„Seit wann hustet Ihr Mann denn so stark?" fragte Steinherr halblaut.

Erstaunt sah sie ihn an. „Schon seit Wochen!" Hatte Steinherr es nie bemerkt?

Der hatte das Empfinden einer Schuld bei ihrem verwunderten Blick. Nichts hatte er bemerkt in seiner bösen, menschenverachtenden Stimmung.

Auf dem Bettrand im Schlafzimmer saß Georg von Vandro mit hängenden Schultern und starrte auf das Taschentuch in seiner Hand. Es war mit hellem Blut gefärbt.

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Sorgenvoll sah Wera dem Gatten nach, als er in der grauen Dämmerung des naßkalten Novembermorgens das Haus verließ. Dank ihrer Sorglichkeit, die altbewährte Hausmittel angewandt, hatte Vandro eine gute Nacht verbracht und eilte nun zu seinem Dienst, froh, daß Frau und Freund nichts ahnten von der Blutung. Sie war wahrscheinlich bedeutungslos, wohl durch das Platzen irgendeines Aederchens bei dem heftigen Husten verursacht worden. Seine Brust fühlte freier als seit Tagen.

Aber auf dem halben Wege zum Werk packte ihn ein neuer Anfall von derartiger Heftigkeit, daß ihm das Steuer des großen Wagens beinahe entglitt. Mit knapper Not brachte er ihn zum Stehen. Steinherr sprang heraus, setzte sich neben den nach Atem Ringenden und zwang ihn dann mit sanfter Gewalt auf den Nebensitz.

„Ruhig, keinen Widerspruch — ich werde doch noch meinen eigenen Wagen steuern dürfen, wenn ich will!"

Der andere lächelte, zu matt, um nochmals zu protestieren. Der Maybach wurde gewendet und jagte nun in schnellster Fahrt der Stadt zu.

„Ja, wohin fahren wir denn. Das ist..."

„... der kürzeste Weg zum Arzt", lautete die energische Antwort.

(Fortsetzung folgt.)